

Bürgerproteste gegen geplante Flüchtlingsunterkunft: Stimmen der Initiative!

Bürgerinitiative in Ludwigsburg protestiert gegen geplante Flüchtlingsunterkunft. Abstimmungen zeigen breite Unterstützung.



Ludwigsburg, Deutschland -

Eine Bürgerinitiative, die sich gegen den Bau einer Landeserstaufnahmeeinrichtung (Lea) auf dem Schanzacker engagiert, äußert massive Bedenken. Laut der **Stuttgarter Zeitung** könnte die Einrichtung für bis zu 6000 Menschen ausgelegt sein, was Besorgnis unter den Mitgliedern der Initiative auslöst. Diese haben zudem Kriminalitätsstatistiken ausgewertet und sind zu dem Schluss gekommen, dass das Konzept der Landesregierung, große Einrichtungen zu

bevorzugen, als falsch erachtet wird. Die Initiative sieht sich durch ihren Vorstoß in einer schwierigen Lage.

In der Region Ludwigsburg mobilisieren Anwohner ebenfalls gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft. Eine Bürgerinitiative hat eine Abstimmung zur Bebauung des Schanzackers organisiert, die **Focus** berichtete. Diese Abstimmung fand in Tamm und Asperg statt, wo an vier Orten Stimmzettel abgegeben werden konnten. Die Bürgerinitiative meldete eine überwältigende Resonanz mit mindestens 3400 Stimmzetteln und verteilte 10.000 Flyer in der Region. Die Stimmzettel beinhalteten zehn Fragen, darunter die Befürwortung der Errichtung einer Lea sowie Aspekte zur öffentlichen Sicherheit. Erste Auszählungen zeigten, dass die Mehrheit der Abstimmenden die Position der Initiative unterstützte.

Bürgerbeteiligung und Unterstützung durch Kommunalpolitik

Da eine offizielle Bürgerbefragung ausblieb, sieht die Initiative die Abstimmung als deren Antwort. Die Abstimmung fand in der Kelter in Tamm statt, die als Zentrum der Aktion fungierte. Die Initiative erhielt außerdem Unterstützung von den Bürgermeister*innen aus Tamm und Asperg. Die Errichtung einer Lea für 2000 bis 2500 Menschen wird derzeit geprüft, wobei Ergebnisse nicht vor Frühjahr 2025 erwartet werden. Um den Bewohnern eine Stimme zu geben, entwickelte die Bürgerinitiative verschiedene Formate zur Bürgerbeteiligung, darunter Informationsabende und Demonstrationen. Die Landesregierung beabsichtigt, den Abschluss der Prüfung im März 2025 abzuwarten, bevor sie über weitere Schritte entscheidet.

- Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Protest
Ort	Ludwigsburg, Deutschland
Quellen	• nag-news.de • www.stuttgarter-zeitung.de • www.focus.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at